



# HESSISCHER LANDTAG

29. 05. 2012

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag**

### **der Fraktion DIE LINKE**

#### **betreffend Erhöhung des Anteils der Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst**

Der Landtag wolle beschließen:

1. sich für die Erhöhung des Ausbildungsanteils von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen des hessischen öffentlichen Dienstes einzusetzen, um langfristig eine Ausbildungs- und Beschäftigungsquote von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst entsprechend ihrem Anteil in der Bevölkerung zu erreichen,
2. eine gezielte Informationskampagne zu starten, mit der junge Menschen mit Migrationshintergrund hessenweit auf Ausbildungsberufe im öffentlichen Dienst aufmerksam gemacht werden,
3. die Auswahlverfahren für alle Ausbildungsberufe im öffentlichen Dienst dahin gehend zu ergänzen, dass insbesondere Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen gewürdigt werden,
4. bei Stellenausschreibungen darauf hinzuweisen, dass Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund, die die Einstellungs voraussetzungen erfüllen, ausdrücklich erwünscht sind,
5. interkulturelle Fortbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des hessischen öffentlichen Dienstes zu intensivieren, insbesondere in den Bildungsberufen,
6. Zuwanderinnen und Zuwanderer durch eine unbürokratische und erleichterte Anerkennungspraxis von im Ausland erworbenen Qualifikationen den Zugang in den öffentlichen Dienst zu eröffnen und Ausbildungswege zu verkürzen,
7. die Landesregierung aufzufordern, jährlich mit einem Bericht zur Personalentwicklung die Entwicklung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes darzulegen.

#### **Begründung:**

Bei der Bundeskonferenz der Integrationsbeauftragten in Wiesbaden am 21. Mai 2012 warb die Bundesbeauftragte für Migration, Maria B., dafür, mehr Migrantinnen und Migranten in den öffentlichen Dienst einzustellen.

Aus der Statistik folgt, dass Hessen ein Einwanderungsland ist. 25 v.H. der Bevölkerung hatte 2009 einen Migrationshintergrund. In staatlichen Institutionen spiegelt sich der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund jedoch nur unzureichend wider. Es gilt, sich für die dringend notwendige Verringerung institutioneller Integrationshemmnisse einzusetzen.

Die Bemühungen der Landesregierung, im Bereich der Schulen, Kindergärten und Verwaltung mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund einzustellen, haben bisher noch nicht gewirkt und müssen intensiver, frühzeitig und mit einer klaren Zielvorstellung verfolgt werden.

Aus der Studie "Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland" geht hervor, dass gerade im öffentlichen Dienst die Steigerung der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auf allen Laufbahnebenen vorangetrieben werden muss. Aufgrund des massiven Stellenabbaus der letzten Jahrzehnte läge eine besondere Bedeutung in Strategien zur Nachwuchsgewinnung und Ausbildung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund, um ihren Anteil bedarfsgerecht zu erhöhen.

Dies kann nur mit einer breit angelegten Offensive für Interkulturelle Öffnung für Migrantinnen und Migranten in den öffentlichen Dienst funktionieren. Dabei sind die besonderen Belange von Frauen zu berücksichtigen.

Wiesbaden, 29. Mai 2012

Der Fraktionsvorsitzende:  
**van Ooyen**